



Interviews

19. Dezember 2023

Silvia Engels im Gespräch mit Daniela Schmitt

Silvia Engels: Am Telefon mitgehört hat Daniela Schmitt. Sie ist die Landesministerin für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz. Sie ist Teil der dortigen Ampel-Koalition und gehört der FDP an. – Guten Morgen, Frau Schmitt.

Daniela Schmitt: Schönen guten Morgen.

Engels: Die eben besprochenen Kürzungen betreffen direkt zwei Ihrer Zuständigkeitsbereiche: Verkehr und Landwirtschaft. Beginnen wir mit dem Ende der Befreiung von der Kfz-Steuer und dem subventionierten Agrardiesel. Das will die Bundesregierung durchsetzen. Was bedeutet dieser Wegfall der Unterstützung für Landwirte für ein Flächenland mit viel Agrarstruktur wie Rheinland-Pfalz?

Schmitt: Das ist in der Tat eine ganz schwierige Situation für den landwirtschaftlichen Sektor. Wir haben es eben gehört. Es geht um einen Wettbewerbsnachteil für die landwirtschaftlichen Betriebe, die in den letzten Jahren auch von vielen Herausforderungen getroffen waren und wo es jetzt auch immer wieder um die Frage geht der Planungssicherheit, der Verlässlichkeit, und das in einer Zeit, wo wir merken, das ist eine herausfordernde Situation. Deswegen treffen diese Entscheidungen den landwirtschaftlichen Sektor mit großer Wucht und deswegen müssen wir uns auch dafür einsetzen, dass es so in dieser beabsichtigten Form nicht kommen wird.

Engels: Was planen Sie denn? Wie wollen Sie dagegenhalten?

Schmitt: Ich habe direkt das Gespräch mit Christian Lindner gesucht und habe noch mal die Bedeutung klargemacht, weil es geht ja nicht nur um die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe, sondern es geht um die Bedeutung für den ländlichen Raum –

nicht nur in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz, sondern auch in vielen anderen Bundesländern. Es sind oft die Landwirte, die sich für die Gesellschaft in Gänze engagieren, die Landjugend, die Landfrauen. Es ist die Landwirtschaft, wenn es darum geht, auch die Feuerwehr zu mobilisieren, zu organisieren. Es geht um gesellschaftliches Leben wie die Organisation und Ausrichtung von Dorffesten, von solchen kulturellen Ereignissen, und deswegen dürfen wir nicht zuschauen, dass diese Betriebe nach und nach aufgeben. Es ist die Gefahr eines Strukturwandels im Raum und letztendlich auch die Situation, dass wir am Ende landwirtschaftliche Produkte aus dem Ausland importieren müssen, wo sie vermutlich auch zu deutlich schlechteren Bedingungen hergestellt wurden. Deswegen: Es ist eine sehr, sehr ernste Lage und deswegen müssen wir hier noch mal schauen, dass hier Anpassungen erfolgen.

Engels: Aber die FDP hat in Form von Christian Lindner diesem Haushaltskompromiss zugestimmt. Muss man hier nicht auf der anderen Seite auch vertragstreuen sein, denn nun warnen auch Ökonomen davor, wenn man das ganze wieder aufschnürt, dann gibt es kein Halten mehr und am Ende überhaupt keine Haushaltseinigungen?

Schmitt: Es ist in der Tat eine schwierige Lage. Ich weiß aus der Vergangenheit auch von meinen diversen Agrarministerkonferenzen, dass Veränderungen beim Agrardiesel auch immer selbst vom Bundeslandwirtschaftsministerium ins Spiel gebracht wurden. Von daher: Wir haben jetzt diese ärgerliche Situation. Wir müssen damit umgehen und müssen aber schauen, wie wir wirklich diese Härten abfedern. Denn es kann nicht sein, dass die Betriebe ihre Zukunftsperspektive verlieren, gerade auch die junge Generation, die Nachfolgegeneration, wenn die Lebensmittelproduktion in Deutschland dadurch immer teurer und teurer wird. Deswegen ist es wichtig, dass man hier noch mal schaut, wie man diese Härten abfedert.

Engels: Der Punkt ist angekommen. – Jetzt sagt Christian Lindner auch immer wieder, derjenige, der eine Härte, die man jetzt durchsetzen will, nicht will, der muss direkt Gegenvorschläge machen, wo woanders gespart wird. Was ist Ihre Idee?

Schmitt: Man muss sich die Dinge noch mal in Gänze anschauen. Nur muss man auch feststellen, dass beim Agrarsektor diese vorgesehenen Kürzungen, die ja fast eine Milliarde Euro im Gegenwert bedeuten, unverhältnismäßig sind zu dem Gesamt-

paket. Deswegen geht es mir hier um eine Abfederung, um ein Abfedern dieser extremen Spitzen, und man muss es sich in Gänze noch mal anschauen. Aber ich habe es eben ausgeführt: Es sind nicht nur die landwirtschaftlichen Betriebe, sondern es geht um die Bedeutung des landwirtschaftlichen Raums. Wenn wir eins aus den Krisen der Vergangenheit gelernt haben, dann ist das auch die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für die Ernährungssicherstellung, aber auch für den Zusammenhalt im ländlichen Raum. Deswegen ist diese Bedeutung auch so groß und geht über den einzelnen Betrieb hinweg.

Engels: Wenn diese Bedeutung so groß ist, können Sie als Land dann nicht mit eigenen finanziellen Hilfen hier noch etwas helfen, beziehungsweise vielleicht gerade den kleinen? Es gibt ja auch große Höfe, die in diesem Jahr nicht so schlecht verdient haben?

Schmitt: Wir nehmen als Land – und das machen andere Bundesländer ähnlich – Jahr für Jahr viel Geld in die Hand, um viele Programme cozusubventionieren, mitzufinanzieren. Wir haben darüber hinaus gerade auch in Rheinland-Pfalz vieles im Rahmen des Strategieplans ausgerichtet insbesondere auf die junge Generation. Wir haben im letzten Jahr eine Junglandwirte-Förderung eingeführt. Das heißt, wir machen als Bundesland viel. Aber umso wichtiger ist doch auch die Zukunftsperspektive, die Planungssicherheit für die landwirtschaftlichen Betriebe und hier insbesondere auch für die nächste Generation, die per se gewillt ist, sich zukunftsfähig aufzustellen, vieles auch in die Technologie zu stecken. Aber wir merken, im Moment gibt es noch keine Alternativen zu den dieselangetriebenen Gerätschaften. Wir im Land in Rheinland-Pfalz unterstützen auch sehr die Zusammenarbeit zwischen den Landmaschinenherstellern, der Wissenschaft und den Betrieben, um hier im Rahmen der Forschung weiterzukommen, dass wir irgendwann die Dinge letztendlich über neue Technologien darstellen können. Ich will die Wasserstoff-Technologie ansprechen, aber auch elektroangetriebene Spezialgeräte. Nur hier gibt es im Moment noch keine Alternative und deswegen wären diese vorgeschlagenen Maßnahmen jetzt noch verfrüht. Wir brauchen noch ein paar Jahre, dass wir zukünftig auch die Gerätschaften auf dem Acker alternativ angetrieben bekommen.

Engels: Elektroantriebe, das ist ein Modell der Landwirtschaft für die Zukunft vielleicht. Aber es ist – und damit kommen wir zum zweiten Schwerpunkt dieses Inter-

views – auch jetzt schon ein Thema, nämlich die E-Autos. Sie sind auch Verkehrsmi-
nisterin in Rheinland-Pfalz. Die Förderung für E-Autos, die nun so abrupt weggefallen
ist, wird das dafür sorgen, dass der Zuwachs der letzten Jahre bei den E-Autos bei
Ihnen einbrechen wird?

Schmitt: Ich befürchte das schon. Das ist ein drastischer Schritt, völlig plötzlich, völ-
lig aus dem Nichts auf dem Tisch liegend, der für eine massive Verunsicherung der
Bürger und Bürgerinnen sorgt. Es sind die privaten Haushalte, die sich überlegt ha-
ben, inwieweit macht die Anschaffung eines solchen Fahrzeugs Sinn, inwieweit ist
die Prämie auch ein Kaufargument. Und jetzt ohne eine Ankündigung, ohne eine
Übergangsfrist diese Förderung wegzunehmen, ist ein massiver Vertrauensbruch.

Engels: Hat die Bundesregierung unter FDP-Beteiligung grundsätzlich das Ver-
trauen in die Politik beschädigt?

Schmitt: Ich glaube, man muss hier noch mal schauen und die Dinge sich en Detail
anschauen. Es kann nicht sein, dass Dinge aufgerufen werden, die dann innerhalb
von wenigen Stunden und Tagen im Prinzip bekanntgegeben und umgesetzt werden.
Das ist eine Herangehensweise, die nicht vertrauensfördernd ist. Deswegen sind das
Maßnahmen, wo ich sage, man braucht schon Übergangsfristen, man braucht schon
eine Ankündigung und man braucht auch noch mal eine Sensibilität für die Auswir-
kungen.

Engels: Auf der anderen Seite haben Autokonzerne auch ein Interesse, die E-Autos,
die sie produziert haben, im Markt zu halten. Der Konzern Stellantis, dem unter an-
derem die Marken Peugeot, Opel, Fiat gehören, springt jetzt ein, übernimmt bis Jah-
resende die 4500 Euro staatliche Prämie bei schon bestellten E-Autos. Also wird
doch alles nicht so schlimm?

Schmitt: Na ja. Ich denke, das ist ein wichtiges Signal, um hier letztendlich diesen
Umstieg, diese Transformation nicht in voller Wucht auszubremsen, und wir wissen,
dass das elektroangetriebene Automobil das Auto der Zukunft sein wird. Die Herstel-

ler haben auch entsprechende Planungen und wollen jetzt den Absatz nicht ausgebremst haben. Von daher ist es ein wichtiges Signal. Aber diese abrupte Beendigung ist schon ein schwieriges Signal in dieser Zeit gewesen.

Engels: Wenn ein Autokonzern das aber finanziell stemmen kann, mal eben einzuspringen, diese Förderung wegfällen zu lassen, ist das nicht ein Zeichen, dass es zumutbar ist, jetzt wirklich auf diese Förderung zu verzichten, weil die Autokonzerne schon längst in der Lage sind, diese E-Autos günstiger anzubieten, mehr Wettbewerb, wie die FDP das immer fordert?

Schmitt: Grundsätzlich halte ich auch die Entscheidung, sich von der Prämie zu verabschieden, richtig. Mich hat nur persönlich gestört diese Kurzfristigkeit in der Ankündigung. Und dass die Automobilhersteller hier auch jetzt einspringen, ist letztendlich noch mal ein Signal, dass man sich hier zukunftsgerichtet aufstellt. Aber was uns gestört hat war diese Kurzfristigkeit, die Planungssicherheit. Oftmals war diese Prämie auch in die Finanzierung des Käufers, der Käuferin mit einbezogen. Diese Kurzfristigkeit, die hat einen Vertrauensschaden erzeugt. Aber langfristig bin ich ganz bei Ihrer Frage, muss es auch ohne die entsprechende Unterstützung gehen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.